

Der Hausarzt – eine bedrohte Spezies?

Viele Hausärztinnen und Hausärzte erreichen in den nächsten Jahren das Pensionsalter – auch im Kanton Luzern. Laut der Ärztesgesellschaft hat dies Auswirkungen auf die medizinische Versorgungssicherheit. Der Handlungsbedarf ist gross.

Dominik Weingartner

Der klassische Hausarzt scheint ein Auslaufmodell zu sein. Ein Arzt oder eine Ärztin, die jahrzehntelang im Dorf eine Praxis auf eigene Faust betreibt und fast rund um die Uhr für die Patientinnen und Patienten verfügbar ist – dieses Jobprofil dürfte bald der Vergangenheit angehören. Die Gründe dafür sind vielfältig. Doch welche Folgen hat diese schweizweite Entwicklung für die medizinische Versorgung der Luzerner Bevölkerung?

Die Ärztesgesellschaft des Kantons Luzern schlägt Alarm. «In einzelnen Regionen, Gemeinden und Dörfern droht ganz klar eine Unterversorgung», sagt Geschäftsführer Ueli Zihlmann. «Das wird einen Einfluss auf die Versorgungssicherheit, Terminverfügbarkeit und letztlich auch Erreichbarkeit eines Hausarztes oder Hausärztin haben – wenn dies nicht bereits eingetreten ist.» Eine Vielzahl von Praxen verfüge bereits heute nicht mehr über genügend Kapazitäten, um des Patientenandrangs Herr zu werden.

Das Problem dürfte sich in den nächsten Jahren verschärfen. Denn zahlreiche Hausärztinnen und Hausärzte stehen vor der Pensionierung. Gemäss aktuellen Zahlen der Ärztesgesellschaft sind 98 der 333 im Kanton Luzern tätigen Hausärzte über 60 Jahre alt und stehen damit kurz vor der Pension. Das Durchschnittsalter der Luzerner Hausärztinnen und Hausärzte beträgt 52,2 Jahre. «Freipraktisierende Ärzte sind über zehn Jahre älter als die durchschnittliche Erwerbsbevölkerung», schreibt die Ärztesgesellschaft.

Schwierige Suche nach einer Nachfolge

Einer, der bald seinen Ruhestand antreten wird, ist Christian Rauch. Seit 14 Jahren ist der gebürtige Deutsche als Hausarzt in Dagmersellen tätig, per September übernimmt ein neues Team die Praxis des 66-jährigen. «Es war sehr schwierig, eine Nachfolge zu finden», sagt er. Es gebe wenig Ärzte, die eine Praxis als Einzelunternehmer übernehmen wollten. «Der Trend geht hin zu Firmen, die Praxen aufkaufen und die Ärztinnen und Ärzte anstellen», sagt Rauch. So ist es schlussendlich auch bei seiner Praxis gelaufen, eine Firma hat die Praxis gekauft und stellt eine Ärztin ein,

die ab Herbst in Dagmersellen praktizieren wird.

«Es war schwierig zu erfahren, ob eine Gruppe seriös oder nur auf das schnelle Geld aus ist», beschreibt Rauch eine der Herausforderungen bei der Suche nach einer Nachfolge. Es sei ihm sehr wichtig, dass die Praxis in seinem Sinne weitergeführt werde, «schliesslich lebe ich weiterhin im Dorf». Mit Thomas Haehner, der innert kürzester Zeit vier Praxen im Kanton Luzern und weitere in anderen Teilen der Schweiz an die Wand gefahren hat, kam Rauch nicht in Berührung. «Ich hatte aber Kontakt mit Interessenten, bei denen ich das Gefühl hatte, ihnen ging es mehr ums Geld als um die Patienten.»

Arbeit wird auf mehrere Schultern verteilt

Ueli Zihlmann von der Ärztesgesellschaft sagt, es sei möglich, «dass sich suspekte Praxisübernahmen durch gewinnorientierte Unternehmen nur deshalb festsetzen können, weil innerhalb der Ärzteschaft zu wenig Nachwuchs und zu wenig Interessenten für Praxisnachfolgen bereitstehen». Ein Grund sei auch die Arbeitsbelastung. «Wenn ein Arzt oder eine Ärztin im traditionellen Setting die Praxis schliesst, bedarf es mindestens zwei bis drei Ärztinnen und Ärzten, um den Workload zu bewältigen.»

Das bestätigt auch der Hausarzt Christian Rauch. «Die Arbeit in der Praxis ist sehr streng. Künftig werden zwei Personen meine Arbeit machen.» Für Ueli

Zihlmann sind gesellschaftliche Veränderungen ein Grund für diese Entwicklung. «Teilzeitarbeit, zeitgemässe Lebens- und Familienmodelle haben auch Einzug ins Berufsbild der Ärzte genommen. Die Bereitschaft, rund um die Uhr verfügbar zu sein, ist nicht mehr gegeben.»

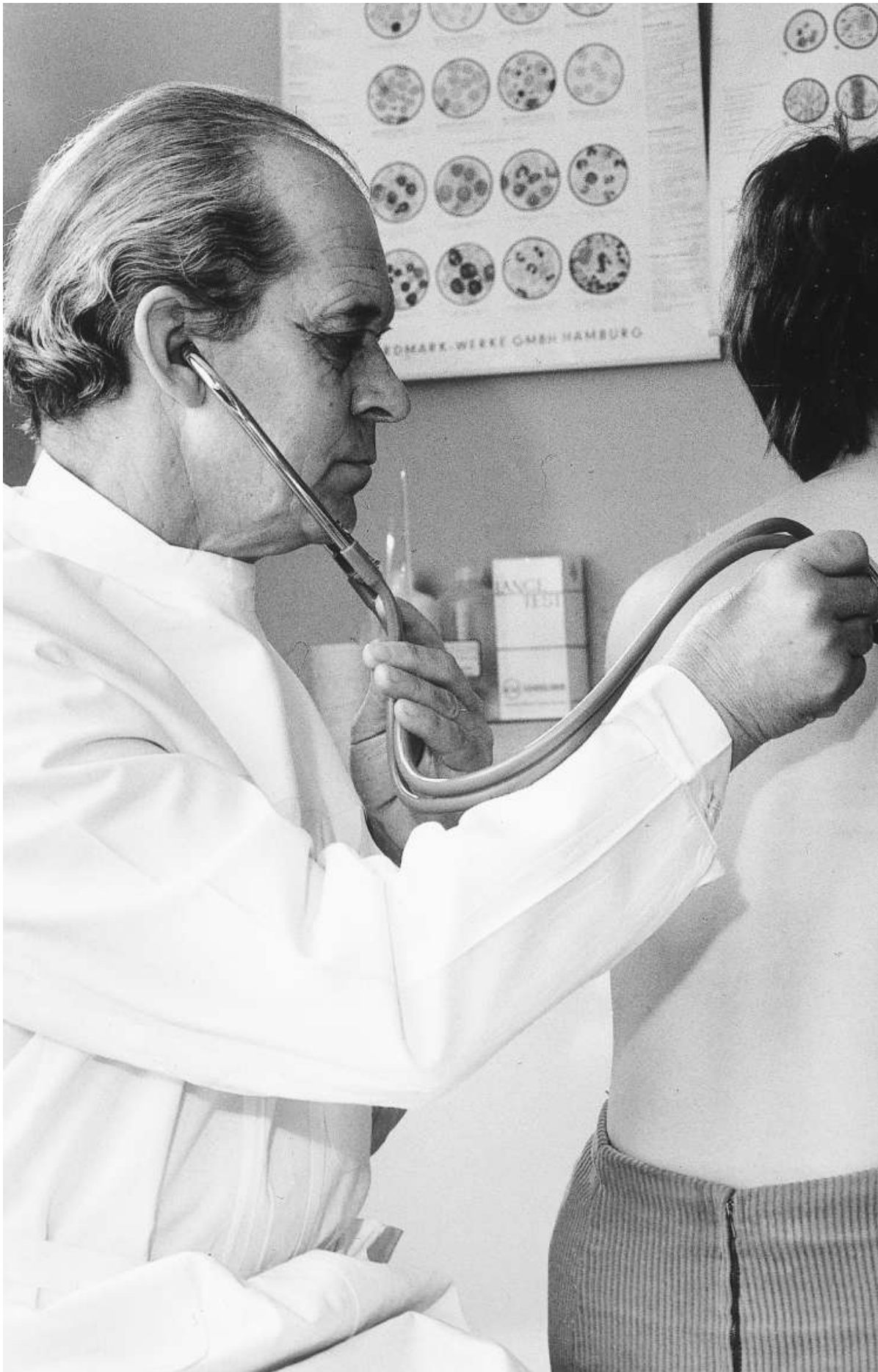
Dies vor allem der zunehmenden Feminisierung der Ärzteschaft in die Schuhe zu schieben, greift aber zu kurz. Zihlmann: «Ärztin zu sein und eine Familie zu haben, ist nach wie vor – und besonders während der Aus- und Weiterbildungsphase – eine sehr grosse Herausforderung für die jungen Mütter und Ärztefamilien. Aber auch die männlichen jungen Hausärzte arbeiten vielfach nicht mehr ein volles Pensum.»

Eine weitere gesellschaftliche Entwicklung, welche die Belastung der Ärzteschaft erhöht, ist die zunehmende Ungeduld der Patientinnen und Patienten. «Viele wollen ihr medizinisches Problem jetzt und sofort behandelt haben», so Zihlmann.

Betroffen vom Hausärztemangel ist vor allem die Landschaft. In vielen Gemeinden finden sich fast keine unternehmerischen Hausärzte mehr, es übernehmen Firmen, die mehrere Praxen unter ihren Fittichen haben. Zihlmann sagt: «Letztlich scheint die Attraktivität, sich auf dem Land anzusiedeln, stetig zu schwinden, ausser man hat eine gewisse Verbundenheit zu Land und Leuten. Die Gründe sind hier, genau wie bei anderen Berufen, bei der Arbeitsplatzattraktivität – verbunden mit urbanen Angeboten – zu suchen.»

Das Luzerner Gesundheits- und Sozialdepartement (GSD) schreibt auf Anfrage: «Die Zeit, als es in jedem Dorf einen Arzt oder eine Ärztin gab, ist längst vorbei. Die Tendenz zeigt, dass die Zukunft weniger in Einzelpraxen, sondern eher in Gemeinschaftspraxen liegt.» Diese Entwicklung beschränke sich nicht nur auf den Kanton Luzern, sondern sei in der ganzen Schweiz sichtbar.

Braucht es denn überhaupt in jedem Dorf eine hausärztliche Versorgung? Die Willisauer SP-Kantonsrätin Anja Meier sagt: «Die Bedeutung der Hausarztmedizin wird in nächster Zeit sicher nicht abnehmen, gerade auf der Landschaft besteht angesichts der älter werdenden Bevölkerung ein grosses Bedürfnis danach.» Hausärzte seien



Erste Anlaufstelle bei medizinischen Problemen: der Hausarzt.

der Dreh- und Angelpunkt des Gesundheitswesens und zudem kostengünstiger. «Es lohnt sich, viele Hausärztinnen und Hausärzte zu haben.»

Meier spricht eine Statistik des Bundes an, wonach die Ärztedichte im ambulanten Sektor im Kanton Luzern unterdurchschnittlich ist. Tatsächlich kommen im Kanton Luzern 190 Ärztinnen und Ärzte auf 100'000 Einwohner, im Schweizer Durchschnitt sind es 240. Meier: «Das spricht für die Relevanz, in diesem Bereich zu investieren.»

Mehr Ärzte durch mehr Ausbildungsplätze

Zunächst legt die SP-Politikerin ihren politischen Fokus aber auf die Ausbildung. Sie hat im März eine Motion eingereicht, die eine Luzerner Standesinitiative zur Reform der Zulassungskriterien für Medizinstudierende fordert. Sie wurde von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aller Fraktionen ausser der GLP unterzeichnet. Meier will zudem die Anzahl der Studienplätze erhöhen. «Durch den heute geltenden Numerus clausus werden nicht immer die besten Leute

zum Medizinstudium zugelassen. Die Prüfung ist primär eine Fleissübung», sagt Meier. «Wichtige Eigenschaften wie zum Beispiel die Sozialkompetenz bleiben auf der Strecke. So werden potenziell gute Hausärztinnen und Hausärzte ausgesiebt.»

Zur Sicherstellung der Hausarztmedizin brauche es aber weitere Unterstützungsmassnahmen. «So könnten etwa Gemeinschaftspraxen stärker finanziell gefördert werden.» Die Lebenssituation von Studienabgängerinnen und -abgängern sei eine andere als vor 30 Jahren. «Die Vereinbarkeit des Berufs mit Familie und Freizeit ist wichtiger geworden», so Meier. Für die SP-Politikerin ist klar, dass sich der Kanton Luzern stärker engagieren muss, auch finanziell. «Angesichts der Pensionierungswelle geht nichts an staatlicher Förderung vorbei. Der Kanton hat einen Grundversorgungsauftrag. Nichts zu tun, wird langfristig teuer.»

Das GSD äussert sich zur hängigen Motion nicht. Es weist aber auf Widersprüche im System hin: «Einerseits hat das eidgenössische Parlament eine Art

333
Hausärztinnen und Hausärzte sind im Kanton Luzern aktiv.

98
davon sind über 60 Jahre alt.

52,2
Jahre beträgt das Durchschnittsalter der Luzerner Hausärztinnen und Hausärzte.

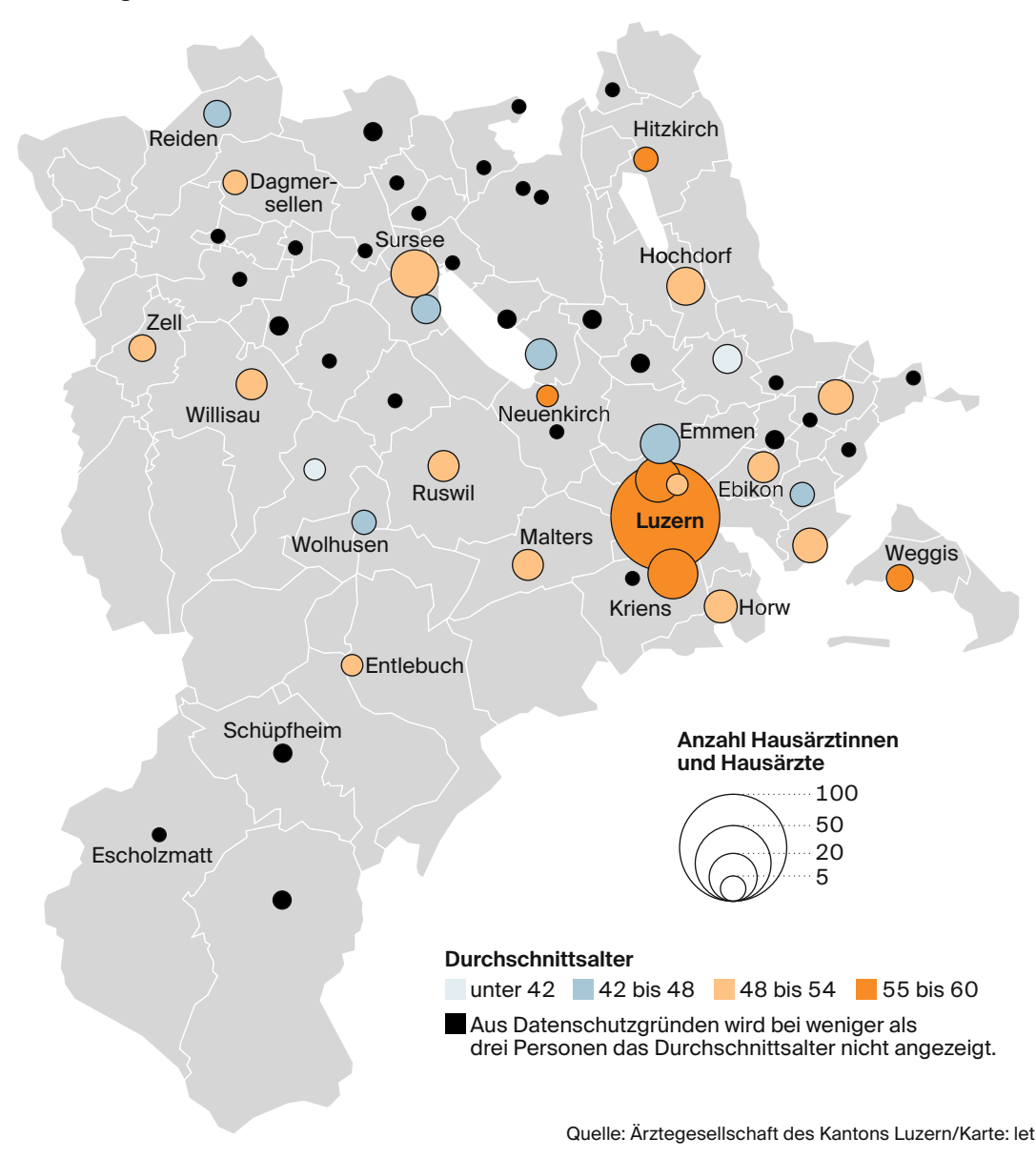


Bild: Getty

Ärztestopp beschlossen.» Seit Juli 2023 müssen die Kantone in einem oder mehreren medizinischen Fachgebieten die Zahl der Ärztinnen und Ärzte, die ambulante Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung erbringen dürfen, beschränken. «Andererseits wird häufig argumentiert, die Anzahl der Studienplätze in der Humanmedizin müsste erhöht werden, um dem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken.»

Auch der Hausarzt Christian Rauch sagt, es müssten mehr Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden. «Aber es muss auch dafür gesorgt werden, dass mehr Ärzte Hausärzte werden wollen. Mit einem Bürokratieabbau würde man das Leben der Hausärzte erleichtern.» Die Zunahme der Bürokratie sei in den vergangenen Jahren «ungebremst» vorangeschritten, so Rauch. «Es gibt viele unsinnige Anfragen von Krankenkassen, die viel Zeit rauben. Diese geht von der Zeit für die Patienten ab.» Zudem werde die Medizin immer komplexer, die Vorbereitung auf Sprechstunden nehme mehr Zeit in Anspruch. Was ihn be-

Verteilung der Hausärztinnen und Hausärzte im Kanton Luzern



sonders ärgere, seien die «laienhaft aufgesetzten IT-Systeme». Ein Anbieterwechsel sei schwierig, weil die Systeme untereinander nicht kompatibel seien. «Hier müsste die Politik eingreifen und die Macht der EDV-Firmen brechen.»

Ueli Zihlmann von der Ärztesgesellschaft nennt weitere Zusatzbelastungen, die junge Medizinerinnen und Mediziner davon abhalten würden, eine Hausarztkarriere anzustreben: die Häufigkeit der Notfalldienste, das unternehmerische Risiko sowie Unsicherheiten bei der Finanzierung der Leistungen. «Dies sind Faktoren, die während des sehr langen Ausbildungsweges sicher die eine oder andere Ärztin dazu bewegen, eine Spitallaufbahn als Internistin oder Spezialistin oder gar eine Karriere ausserhalb des klinischen Schaffens einzuschlagen.»

Kritik an der Politik des Bundes

Also was tun gegen diese Entwicklung? Mehr Ärzte ausbilden könnte eine Lösung sein. Allerdings ist damit noch nicht sichergestellt, dass ein genügend hoher Anteil als Hausarzt tätig wird, um die Grundversorgung zu gewährleisten. Beim Kanton hat man das Problem schon länger erkannt und versucht, mit verschiedenen Massnahmen Gegensteuer zu geben. Das GSD nennt dabei das Institut für Hausarztmedizin und Community Care an der Universität Luzern, das man finanziell unterstütze und bei dem man bei der Gründung mitgeholfen habe.

Weiter unterstütze der Kanton das Praxisassistenzenprogramm sowie das Curriculum Hausarztmedizin. «Die beiden Programme ermöglichen interessierten Personen einen Einblick in die Welt einer Hausarztpraxis.» Weiter erwähnt wird

das Masterstudium Humanmedizin an der Uni Luzern, das «vor allem Hausärztinnen und Hausärzte ansprechen» soll. «Und schliesslich sei auch noch erwähnt, dass der Kanton Luzern in Zukunft die Spitäler wesentlich höher für die Ausbeziehungsweise Weiterbildungsleistungen entschädigt.» Zu den Notfalldiensten, in die die Hausärzte eingebunden sind, schreibt das GSD, diese seien in den Spitälern zentralisiert worden, was den Hausärztinnenberuf wieder attraktiver gemacht habe. «Die Notfalldienste sind zudem ein Thema, auf das im Planungsbericht Gesundheitsversorgung eingegangen wird.» Dieser mit Spannung erwartete Bericht soll Ende Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden.

Bei allem, was der Kanton für die Förderung der Hausärzteschaft unternimmt – für Ueli Zihlmann von der Ärztesgesellschaft liegen die Probleme auf einer anderen politischen Ebene: «Im Gesundheitswesen

«Die Bedeutung der Hausarztmedizin wird in nächster Zeit sicher nicht abnehmen.»



Anja Meier
SP-Kantonsrätin

spielt die Musik in Bundesbern – was dort politisch seit einiger Zeit «verbrochen» wird, droht unser dezentrales ambulantes und damit auch kostengünstiges Versorgungssystem zu zerstören, nicht nur in der Hausarztmedizin.» Das sind deutliche Worte Richtung Bundesstadt.

Experimente mit neuen Modellen

Der Kanton Luzern experimentiert derweil mit neuen Modellen. «Wir müssen auch gegenüber neuen Versorgungsformen offen sein», schreibt das GSD. Eine davon könnte der Einsatz von «Advanced Practice Nursing» (APN) sein. Das sind Pflegeexpertinnen und -experten, die teilweise die Aufgaben von Ärzten übernehmen können. In Aesch wurde ein entsprechendes Pilotprojekt umgesetzt. Dieses habe «sehr positive Resultate gezeigt», so das GSD. Ein Baustein auf diesem Weg ist das geplante Pflegestudium, das die Hochschule Luzern und das Ausbildungszentrum Xund zurzeit gemeinsam entwickeln (wir berichteten). Bislang fehlt in der Zentralschweiz ein Hochschulinstitut für Pflegekräfte. Werden in Zukunft also vermehrt sehr gut ausgebildete Pflegekräfte im Kanton unterwegs sein, um die medizinische Grundversorgung zu sichern?

Bis diese und andere Massnahmen greifen, arbeiten Ärztinnen und Ärzte heute noch oft über das Pensionierungsalter hinaus. Im Kanton Luzern gibt es mehrere aktive Hausärzte, die über 70 Jahre alt sind. Nachhaltig sind solche Lösungen nicht. Für den Dagmerseller Hausarzt Christian Rauch, der nun mit 66 Jahren in den Ruhestand tritt, war das keine Option. «Die Energie wird weniger im Alter, das spüre ich bereits jetzt. Und ein müder Arzt ist kein guter Arzt.»

Firmenbestatter soll vier Jahre hinter Gitter

Ein Schweizer hat 25 Firmen in den Konkurs geritten und offene Betreibungen von 3 Millionen Franken hinterlassen.

Sandra Monika Ziegler

In der Anklageschrift werden in einer Tabelle 25 Firmen gelistet. In jeder hatte der Beschuldigte eine tragende Funktion und liess sich im Handelsregister eintragen. Er sei eine zentrale und prägende Persönlichkeit sowie tatsächlich der Entscheidungsträger dieser Gesellschaften gewesen, steht dazu in der Anklage. Er wirkte mehrere Jahre ab 2016.

Ihm wird unter anderem mehrfache Misswirtschaft, mehrfache Unterlassung der Buchführung, ungetreue Geschäftsführung und Betrug vorgeworfen. Jeweils nach wenigen Monaten, nachdem er Einsitz genommen hatte, gingen die Firmen pleite. «Ein Firmenbestatter, der offene Betreibungen von drei Millionen Franken hinterlässt», beschreibt der Staatsanwalt den Schweizer.

Die maroden Firmen sollten abgestossen werden, sie waren allesamt in finanzieller Schieflage und hatten stapelweise offene Rechnungen. Und das war dem Beschuldigten bekannt. Er wusste, auf was er sich bei der Übernahme einliess und nahm es, so die Anklage, billigend in Kauf. Es wäre jedoch seine Pflicht gewesen, für die Firmen eine Zwischenbilanz zu erstellen und diese durch Revisoren prüfen zu lassen oder die Bilanz sofort zu deponieren. Er tat nichts dergleichen und verschleppte so den Konkurs. Der Beschuldigte gibt dies zu. Doch auf die Frage, warum er überhaupt solch marode Firmen übernommen habe, weiss er keine Antwort.

Sozialabgaben unterschlagen

An der Verhandlung vom Freitag am Kriminalgericht verweist er auf bisherige Aussagen. Er bleibe bei diesen. Der Schweizer wurde bereits wegen Misswirtschaft, ungetreuer Geschäftsführung in zweiter Instanz vom Luzerner Kantonsgericht im März 2020 zu zwei Jahren Haft und drei Jahren Probezeit verurteilt. Er sass auch schon 29 Tage in Untersuchungshaft. Und sein aktueller Strafregisterauszug füllt neun Seiten. Trotz alledem blieb er seinem «Geschäftsmodell» treu und versenkte weiter Firmen – so auch in der Probezeit. Ein Umstand, der sich nicht strafmildernd auswirken kann, merkt der Staats-

«Man trifft sich immer zweimal. Es scheint, dass der Beschuldigte nichts gelernt hat.»

Staatsanwalt

anwalt an und sagt: «Man trifft sich immer zweimal. Es scheint, dass der Beschuldigte nichts gelernt hat.»

Heute sei er aber geläutert, sagt er am Freitag vor dem Luzerner Kriminalgericht. Er habe nichts mehr mit Firmen zu tun, sei nur angestellt. Verhandelt werden vor Kriminalgericht Vorfälle von 2016 bis 2021. In dieser Zeit wird ihm unter anderem vorgeworfen, Temporärarbeitende zu einem tieferen als vereinbarten Stundenlohn arbeiten gelassen zu haben.

Auch seien weder Quellensteuer noch Sozialabgaben bezahlt worden. Zwar wurden diese Beträge vom Lohn abgezogen, jedoch nicht einbezahlt. Das Geld wurde für anderes verwendet. Ein weiteres Delikt ist der Verkauf seines geleasteten Mercedes, dessen Raten noch offen waren. Die 60 000 Franken, die er dafür bekam, steckte er selber ein. Erst als die Leasingfirma den Wagen mangels Ratenzahlung zurückforderte, flog er auf. Der Käufer blieb ohne Wagen und auf 60 000 Franken Verlust sitzen. Das gibt der Beschuldigte zu. Wofür er das Geld brauchte, konnte er jedoch nicht sagen.

Die 25 maroden Firmen, die er übernommen hatte, glaubte er retten zu können, wie er sagt. Wie, erklärte er jedoch auch an diesem Freitag nicht. Dazu der Staatsanwalt: «Er ist und bleibt ein Fantast, das sagte er schon vor sechs Jahren. Ihm fehlte das nötige Geld und daran hat sich nichts geändert. Es war immer schon mehr Schein als Sein.»

Vier Jahre Haft plus Tätigkeitsverbot

Für den Staatsanwalt ist klar, die Strafe vom März 2020 habe nicht gefruchtet, er mache im gleichen Stil weiter. Der Verteidiger versucht den Beschuldigten in ein besseres Licht zu rücken und das Strafmass zu mindern. Der Beschuldigte sei seit dem letzten Juni in einer Festanstellung und zahle monatlich 2000 Franken an Betreibungsamts. Seit gut 15 Monaten gebe es keinen neuen Eintrag mehr. Der Verteidiger gibt ihm eine positive Legalprognose.

Der Staatsanwalt jedoch sieht im Beschuldigten einen unverbesserlichen Wiederholungstäter mit krimineller Energie. Die bedingte Strafe vom März 2020 müsse widerrufen werden. Dass er sich aktuell wohl verhalte, habe mit dem Umstand zu tun, dass er in Halbgefangenschaft sei. Er fordere eine Gefängnisstrafe von vier Jahren und fünf Jahre Tätigkeitsverbot als Geschäftsführer, Verwaltungsrat oder einer anderen Funktion in der Geschäftsleitung.

Das Tätigkeitsverbot kann auch die Verteidigung akzeptieren. Es könnte sogar eine Sicherheit für den Beschuldigten sein und ihn vor weiteren Führungspositionen abhalten, merkt er an. Im Schlusswort sagt der Beschuldigte nochmals: «Ich werde nie mehr eine Firma übernehmen.» Das Urteil wird den Parteien schriftlich zugestellt.